

SPANIEN UND SEIN TRAUMA: 40 JAHRE ETA-TERROR UND DIE OHNMACHT DER POLITIK

Michael Däumer / Sebastian Grundberger / Karolina Jenninger

EINLEITUNG

Die spanischen Parlamentswahlen vom 9. März 2008 standen zum zweiten Mal nach den tödlichen Bomben von 11. März 2004 in Madrid im Zeichen des Terrors. Zwei Tage vor dem Urnengang wählte die linksextreme baskische Terrororganisation ETA „mit einem Genickschuss“¹. Vermummte Terroristen richteten den 42-jährigen ehemaligen sozialistischen Stadtrat im baskischen Mondragón, Isaías Carrasco, durch mehrere Schüsse vor den Augen seiner Frau und seiner Tochter hin. Die Terroristen wollten zeigen, dass sie weiter da sind und in der Lage sind, Menschen zu töten.

Ereignisse wie dieser Mord beschäftigten tages- und wochenlang alle spanischen Medien. Die ETA ist in Spanien allgegenwärtig – sei es durch Bomben oder aber in den Diskussionen der Politiker und den Kolumnen der Journalisten. Diese Omnipräsenz steht in krassem Gegensatz zur internationalen Berichterstattung. Hier wird das ETA-Problem zu einem kleinen Regionalkonflikt reduziert und seine Bedeutung heruntergespielt. Aus diesem Grunde erscheint es sinnvoll, die Entstehung und die Geschichte der ETA sowie ihre Bekämpfung genauer zu beleuchten.

Michael Däumer war bis Ende April 2008 Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Spanien und Portugal. Er ist seit dem 1. Juni 2008 Leiter des KAS-Auslandsbüros in Amman, Jordanien.

Sebastian Grundberger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Madrid.

Karolina Jenninger studiert Sprachen, Wirtschafts-, und Kulturraumstudien an der Universität Passau. Sie absolvierte im März und April 2007 ein Praktikum bei der KAS Madrid und ist dieser seitdem als freie Mitarbeiterin verbunden.

1 | Schlagzeile der Tageszeitung *ABC* vom 8.3.2008.

Im Jahr 2008 begeht Spanien ein trauriges Jubiläum. Seit 40 Jahren schon tötet die ETA. Den ersten Mord begingen die baskischen Terroristen 1968, als sie einen Polizisten auf offener Straße erschossen. Der jüngste tödliche Anschlag richtete sich rund zwei Monate nach den Parlamentswahlen vom 9. März 2008 ebenfalls gegen einen Polizisten. Dazwischen liegen 821 weitere Todesopfer. Die Anschläge zielten dabei im Regelfall auf politische und administrative Repräsentanten des spanischen Staates, darunter Politiker, Polizisten und Militärs. Bei den Aktionen wurden jedoch auch immer wieder einfache Zivilisten zu Opfern. Und während die Menschen im Baskenland tagtäglich mit der Angst leben müssen, scheint eine Lösung des Problems auch nach vier Jahrzehnten weit entfernt.

DAS BASKENLAND, DER NATIONALISMUS UND DIE ETA

Geographisch gesehen umfasst das Baskenland sieben Provinzen, von denen vier im Nordosten Spaniens und drei im Südwesten Frankreichs – Labourd (Lapurdi), Soule (Zuberoa) und Basse-Navarre (Nafarroa Behera) – liegen. Von den vier spanischen Provinzen bilden wiederum die nordwestlichen drei, also Álava (Araba), Vizcaya (Bizkaia) und Guipúzcoa (Gipuzkoa) die autonome Region Baskenland (Euskadi), deren Fläche rund 7200 Quadratkilometer beträgt und in der gut zwei Millionen Menschen leben. Die Provinz Navarra (Nafarroa) hingegen gehört nach wie vor – jedoch historisch und kulturell umstritten – zu Restspanien. Die baskische Sprache wird von rund 700 000 Menschen gesprochen und ist die einzige noch gesprochene nicht-indogermanische Sprache Westeuropas.

Im Jahr 1202 fielen die baskischen Provinzen an die Krone von Kastilien, von welcher sie umfangreiche Sonderrechte, so genannte *fueros*, erhielten. Die massive Einschränkung dieser Rechte nach dem zweiten Karlistenkrieg (1872–1876) war ein Grund für die Entstehung des modernen baskischen Nationalismus. Im Jahre 1895 fand dieser seine parteipolitische Organisation, als Sabino de Arana Goiri (1865–1903) die Baskische Nationalistenpartei (PNV) gründete, die seit dem Ende der Franco-Diktatur bis zum heutigen Tage eine politische Vormachtstellung in der Region besitzt. Arana wurde von der Idee einer „baskischen Rasse“ und einer einheitlichen baskischen Sprache geleitet. Aus der Bewegung Aranas entstanden die baskische Flagge (Ikurriña), eine eigene Hymne und die Bezeichnung „Euskadi“ für das Baskenland.

Im Spanischen Bürgerkrieg stellten sich die baskischen Nationalisten trotz ihrer katholisch-konservativen Ausrichtung auf die Seite der Republikaner und damit der Franco-Gegner. Sie erhofften sich innerhalb der Republik eine größere Eigenständigkeit als im zentralistisch-autoritären Staatsprojekt Francisco Francos. Das Baskenland wurde mit dem Bombenangriff der deutschen Legion Condor auf die „heilige Stadt“ Guernica 1937 Schauplatz eines der am stärksten emotionsgeladenen Ereignisse des Bürgerkrieges.

Nach dem Sieg der Franco-Truppen 1939 wurden oppositionelle Parteien und Gewerkschaften sowie jegliche autonomen

Bestrebungen in den spanischen Regionen verboten. Auch der Gebrauch von Regionalsprachen wie Baskisch oder Katalanisch stand unter Strafe. Der baskische Nationalismus und der PNV wurden für viele Jahre in die Illegalität und damit in den Untergrund verbannt, was sowohl eine ideologische Festigung als auch eine Radikalisierung des baskischen Nationalismus zu Folge hatte.

Ein Ausdruck dieser Radikalisierung war am 31. Juli 1959 die Gründung der baskischen Untergrundorganisation ETA. Diese drei Buchstaben sind eine Abkürzung von „Euskadi Ta Askatasuna“, was auf Baskisch soviel bedeutet wie „Baskenland und dessen Freiheit“. Ins Leben gerufen wurde die Gruppe von jungen baskischen Studenten aus der antifrankistischen Bewegung „Ekin“, die der politischen Führungsriege des baskischen Nationalismus vorwarfen, sich mit der Diktatur arrangiert zu haben. Als Untergrundorganisation schlug die ETA einen radikaleren Kurs ein, der sich stärker an den Unabhängigkeitsbestrebungen Aranas orientierte. Jedoch distanzierte man sich vom rassistischen Gedankengut des PNV-Gründers. Die ETA definierte den Begriff der Nation lediglich über die gemeinsame baskische Sprache und das historische Territorium des Baskenlandes. Dazu trat eine explizit marxistische Ideologie, welche dem bisherigen baskischen Nationalismus fremd war. Der ehemalige baskische Politiker Joseba Arregui vom PNV schreibt dazu: „Es war nie die Absicht des ETANationalismus, einen klassischen bürgerlichen Nationalstaat zu errichten, vielmehr ging es ihm von Anfang an um eine Überwindung im doppelten Sinne: um die der politischen Unterdrückung durch das Mutterland und um die der sozialen Unterdrückung durch den Kapitalismus.“² Verstärkt wurde diese klassenkämpferische Komponente durch die rasche Industrialisierung im Baskenland in den fünfziger und sechziger Jahren und die damit einhergehenden sozialen Probleme.

Als Untergrundorganisation schlug die ETA einen radikaleren Kurs ein, der sich stärker an den Unabhängigkeitsbestrebungen Aranas orientierte. Jedoch distanzierte man sich vom rassistischen Gedankengut des PNV-Gründers.

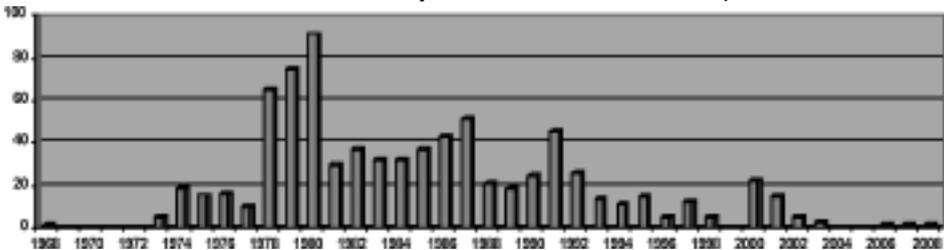
Im Jahr 1962 fand im französischen Belloc die erste Versammlung von ETA-Mitgliedern statt. Zur Leitidee erhob die Organisation den Kampf für einen aus den französischen und spanischen Gebieten bestehenden marxistischen Baskenstaat

2 | Joseba Arregui (2003), „ETA-Terrorismus und europäischer Terrorismus“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 8/03, S.95.

Während der Franco-Diktatur fand die ETA als oppositionelle Organisation, die sich gegen den autoritären Staat richtete, durchaus Anklang und Unterstützung in der spanischen Gesellschaft.

Euskal Herría. Während der Franco-Diktatur fand die ETA als oppositionelle Organisation, die sich gegen den autoritären Staat richtete, durchaus Anklang und Unterstützung in der spanischen Gesellschaft. Im Jahr 1965 begann die ETA jedoch mit Überfällen und der Erhebung „revolutionärer Steuern“, also Schutzgelderpressungen. Zudem entschied sie sich immer deutlicher für eine Strategie des gewaltsamen Widerstandes durch Terror gegen den spanischen Staat. Darüber hinaus versuchte die ETA, mit gezielten Provokationen der Staatsgewalt diese zu repressiven Handlungen zu verleiten. Dies sollte nach der Kalkulation der Terroristen ihren Forderungen mehr Unterstützung in der Bevölkerung bringen und so die revolutionäre Dynamik beschleunigen. Am 7. Juni 1968 forderte der bewaffnete Kampf sein erstes Todesopfer, als ein Polizist auf einer Hauptstraße bei einer Routinekontrolle von zwei jungen ETA-Mitgliedern erschossen wurde. Rund fünfeinhalb Jahre später kam es zum bisher folgenreichsten Anschlag. Auf dem Heimweg von der Kirche starb der spanische Ministerpräsident und designierte Franco-Nachfolger Luis Carrero Blanco durch eine ETA-Bombe. Diese Aktion fand sowohl in baskisch-nationalistischen Kreisen als auch allgemein bei vielen Franco-Gegnern durchaus Sympathien.

Grafik 1:
Die Todesopfer der ETA nach Jahren, 1968-2007:³



Einen Einschnitt in der Geschichte Spaniens und des Baskenlandes bedeutete der als *transición* bezeichnete Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Im Jahr 1977 fanden in Spanien demokratische Wahlen statt und ein Jahr später wurde per Volksabstimmung eine neue Verfassung verabschiedet. In dieser demokratischen Verfassung wurden weit-

3 | Zahlen aus Walther Bernecker (1996), *Spanien-Handbuch*, Tübingen. S. 184; eigene Darstellung.

gehende Autonomierechte für das Baskenland, Katalonien und Galicien verankert, um der historischen Bedeutung dieser einstigen „Nationen“ demokratisch gerecht zu werden. Der nun wieder in der Öffentlichkeit aktive PNV arbeitete mit der Zentralregierung in Madrid das Autonomiestatut von Guernica aus. Es wurde durch ein Referendum 1979 bestätigt und brachte dem Baskenland weitere Sonderrechte gegenüber dem spanischen Staatsverband.

DIE ETA IM DEMOKRATISCHEN SPANIEN

Nach dem Übergang zur Demokratie kam es innerhalb der ETA und in ihrem Umfeld zu Auseinandersetzungen über die weiter zu verfolgende Strategie. Die nicht-militanten, eher politisch orientierten ETA-Sympathisanten suchten innerhalb der demokratischen Ordnung den Rückzug in die Parteienlandschaft, z.B. in den PNV, der sich jetzt eine nationalistisch-christdemokratische Ausrichtung gab. Heute versteht er sich als „baskische, demokratische, partizipative, pluralistische, unkonfessionelle, humanistische, dem Fortschritt offen gegenüberstehende“⁴ Partei. Der radikalere und linksideologische Arm der ETA-Sympathisanten gründete im April 1978 die Partei Herri Batasuna (HB, Einheit des Volks), welche als politischer Arm der ETA diente und 2001 in der inzwischen verbotenen Partei Batasuna aufging. Bei den ersten nationalen Parlamentswahlen im März 1979 errang Herri Batasuna dreizehn Prozent der Stimmen im Baskenland. Während die HB als Sprachrohr der ETA und durch ihre Repräsentanz im baskischen Regionalparlament die politischen Ziele der ETA in die Öffentlichkeit trug, blieb der harte militante ETA-Kern als Terrororganisation bestehen und setzte den bewaffneten Kampf fort. Die marxistischen Elemente der ETA, welche zur Zeit der Franco-Diktatur noch „unter der Decke des gemeinsamen anti-frankistischen Kampfes für die spanische Demokratie und die Freiheit Euskadis“⁵ verborgen geblieben waren, traten mit der Demokratie nun deutlicher zum Vorschein.

Der radikalere und linksideologische Arm der ETA-Sympathisanten gründete im April 1978 die Partei Herri Batasuna (HB, Einheit des Volks), welche als politischer Arm der ETA diente und 2001 in der inzwischen verbotenen Partei Batasuna aufging.

Die Regierungsperioden der verschiedenen demokratischen Ministerpräsidenten Adolfo Suárez (1977-1982), Felipe Gon-

4 | Selbstbeschreibung auf der PNV-Homepage www.eaj-pnv.com (Zugriff am 22.6.2007).

5 | Arregui 2003, S. 100.

zález (1982-1996), José María Aznar (1996-2004) und José Luis Rodríguez Zapatero (seit 2004) standen auch für vier unterschiedliche Phasen des Kampfes gegen den ETA-Terror und für verschiedene und oft inkohärente und widersprüchliche Strategien in diesem.

DIE TRANSICIÓN

In der Zeit des Übergangs zur Demokratie, die in Spanien allgemein mit dem Begriff *transición* bezeichnet wird, fanden die meisten tödlichen Anschläge der ETA statt – und damit zu einer Zeit, als Spaniens Demokratie noch in den Kinderschuhen steckte. In dieser Zeit der *transición*, insbesondere während der Regierung des Adolfo Suárez und des Übergangspräsidenten Leopoldo Calvo Sotelo, wurden Personen, die im Verdacht standen, mit der ETA zu sympathisieren, oft wahllos festgenommen. Zudem wurden diverse Medien im Baskenland geschlossen. Dies hinterließ in Teilen der Bevölkerung den Eindruck, dass die Unterdrückung der baskischen Bevölkerung und die staatliche Willkür auch in einem demokratischen System nicht aufhörten. Gleichzeitig fanden jedoch auch Gespräche zwischen Regierung und ETA statt.

Die Terrororganisation setzte bei der Durchsetzung ihrer Ziele neben der Gewalt auch auf politische Mittel. Dazu gründete sie die Patriotische Sozialistische Koordinationsgruppe (KAS), in der sich die ETA mit Gewerkschaften und verschiedenen anderen Gruppierungen zu einer politischen Plattform zusammenschloss. In einem Grundsatzpapier forderte die KAS u.a. einen unabhängigen sozialistischen Baskenstaat, den Abzug der spanischen Polizei, eine Amnestie für politische Gefangene und die Legalisierung aller politischen Parteien. Das unter maßgeblicher Mitwirkung des 1978 ermordeten ETA-Chefs José Miguel Beñarán, genannt Argala, erarbeitete Dokument galt lange als eine Art Grundsatzprogramm der ETA.

FELIPE GONZÁLEZ UND DER „SCHMUTZIGE KRIEG“

Der sozialistische Ministerpräsident Felipe González, der Spanien ab 1982 14 Jahre lang regierte, setzte in den ersten Jahren seiner Amtszeit auf paramilitärische „antiterroristische Befreiungsgruppen“ (Grupos Antiterroristas de Liberación, GAL) im Kampf gegen die ETA. In diesem so genannten

schmutzigen Krieg (*guerra sucia*) folterten, entführten und misshandelten die GAL im Auftrag und mit Wissen der Regierung und des Innenministeriums Terroristen und allzu häufig auch nur mutmaßliche Terroristen. Dies leistete auf Seiten der ETA einem Märtyrer- und Opferdiskurs Vorschub, statt effektive und nachhaltige Ergebnisse zu zeitigen. Nach einem von der ETA nicht akzeptierten Gesprächsangebot der französischen und spanischen Regierungen im Jahr 1984, eskalierte die Gewalt weiter. Ihren Höhepunkt fand sie in dem bislang schwersten ETA-Bombenanschlag im Juni 1987, bei dem in einem bekannten Kaufhaus in Barcelona 21 Menschen ums Leben kamen und 43 weitere verletzt wurden. Die Anschläge ebnten erst mit einem Entgegenkommen der spanischen Regierung im Juli 1987 ab, als sie einwilligte, den hochrangigen ETA-Führer Eugenio Etxebeste, genannt Antxón, als Gesprächspartner zu akzeptieren. Zudem intensivierte die Regierung González ihre Kontakte zu den gemäßigten baskischen Parteien und schloss mit ihnen Abkommen, die eine Isolierung der ETA zum Ziel hatten.

Ihren Höhepunkt fand die Gewalt in dem bislang schwersten ETA-Bombenanschlag im Juni 1987, bei dem in einem bekannten Kaufhaus in Barcelona 21 Menschen ums Leben kamen und 43 weitere verletzt wurden.

Am 8. Januar 1989 erklärte die ETA einen Waffenstillstand von zunächst 14 Tagen, welcher dann zwei Mal um jeweils zwei Monate verlängert wurde. Währenddessen wurde intensiv in Algerien verhandelt, wo mehrere ETA-Anführer ein Exil gefunden hatten. Gleichzeitig fanden im Baskenland große Friedensdemonstrationen statt. Die ETA-Verhandlungsführer forderten die Freilassung und Überführung einiger „Ettarras“ (ETA-Mitglieder) aus französischen Gefängnissen nach Algerien. Diese Forderungen lehnte die Regierung jedoch ab, nachdem die ETA-Vertreter eine Meldung herausgegeben hatten, die wie ein Vertrag zwischen den Verhandlungspartnern erschien. Die Regierung weigerte sich, den vermeintlichen Vertrag zu bestätigen, was zur Aufkündigung des Waffenstillstandes am 4. April führte. Bereits drei Tage später begannen die Terroranschläge von neuem.

JOSÉ MARÍA AZNAR UND DIE HARTE HAND

Eine grundlegende Änderung der staatlichen Antiterrorpolitik kam erst mit dem Wahlsieg der spanischen Volkspartei 1996 und dem Amtsantritt von Ministerpräsident José María Aznar zu Stande. Dessen Strategie zielte auf eine entschlossene Bekämpfung der ETA und der mit ihr verbündeten politischen

Kräfte mit den Mitteln des Rechtsstaates. Nach ihrem Regierungsantritt brach die Spanische Volkspartei erst einmal alle Verbindungen und Gespräche zur ETA ab und begann mit der systematischen Zerschlagung von Terrorzellen. Dadurch gelang

Bis August 1998 wurden so viele Mitglieder und der Organisation nahe stehende Personen inhaftiert wie in den gesamten 30 Jahren vorher.

eine nachdrückliche Schwächung der ETA-Basis. Allein im Jahr 1998 verlor die ETA drei ihrer Zellen. Bis August desselben Jahres wurden so viele Mitglieder und der Organisation nahe stehende Personen inhaftiert wie in den gesamten 30 Jahren vorher. Auch eine deutlich verbesserte internationale Zusammenarbeit (insbesondere mit Frankreich) trug zu einer Schwächung der Terrororganisation bei.

Besonders wichtig für den Erfolg der neuen Anti-Terror-Strategie war jedoch ihre breite Unterstützung in der Bevölkerung, die auch eine gesellschaftliche Reaktion auf die Entführung und anschließende Ermordung des konservativen Stadtrates im baskischen Ermua, Miguel Ángel Blanco, am 12. Juli 1997 war. Millionen Menschen protestierten in den Straßen gegen die ETA-Gewalt. Die Stimmung dieser Demonstrationen wurde auch als „Geist von Ermua“ bezeichnet. Als parteiübergreifende Bürgerinitiative gegen den Terror entstand aus diesem Geist heraus im selben Jahr das Foro Ermua, das in den rund zehn Jahren seines Bestehens großes politisches Gewicht hat gewinnen können. Die Hoffnung auf ein Ende des Terrorismus wurde durch die Erklärung eines unbefristeten und totalen Waffenstillstandes durch die ETA am 16. September 1998 gestärkt. Die Terrorgruppe war zu diesem Zeitpunkt schlecht organisiert. Es wird darüber spekuliert, dass der Waffenstillstand das Resultat eines geheimen Abkommens zwischen der PNV, der baskisch-nationalistisch-sozialdemokratischen Partei Eusko Alkartasuna (EA) und der ETA gewesen sei, das später in den „Pacto de Estella“ mündete. Dieser war nach dem Beispiel der Lösung des Nordirlandkonfliktes entstanden und wurde am 12. September 1998 unter anderem von den nationalistischen Parteien des Baskenlandes sowie der ETA unterzeichnet. Inhalt des Paktes war ein nationalistischer Weg zum Frieden, ein Ende der Gewalt und die Aufnahme von offenen, allerdings rein baskischen Verhandlungen. Der „Pacto de Estella“ scheiterte jedoch wegen seines baskisch-nationalistischen Charakters am Widerstand der beiden nationalen Volksparteien PP und PSOE. Letztlich trug er damit vor allem dazu bei, das nationalistische Lager untereinander anzunähern, und führte

sogar zum Ende der Tolerierung der Aznar-Regierung durch die PNV.

Während des Waffenstillstandes fand im Mai 1999 an einem geheimen Ort in Genf ein von der PP-Regierung autorisiertes Zusammentreffen mit der ETA statt, bei dem jedoch das Fehlen jeglicher Übereinstimmung deutlich wurde. Wenige Monate später beendete die ETA den Waffenstillstand wegen der angeblich andauernden staatlichen Repression gegen ihre Mitglieder.

Am 8. Dezember 2000 machte die spanische Politik mit der Verabschiedung des „Paktes für die Freiheiten und gegen den Terrorismus“ („Acuerdo por las libertades y contra el terrorismo“) einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer einheitlichen Strategie gegen den Terrorismus. Die beiden Volksparteien PP und PSOE verpflichteten sich in diesem Antiterrorpakt zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Terror. Damit sollte nicht nur ein demonstrativer Schulterchluss von Regierung (Ministerpräsident José María Aznar) und Opposition (José Luis Rodríguez Zapatero) gegenüber dem Terrorismus verdeutlicht, sondern gleichzeitig das Thema aus der tagespolitischen Diskussion herausgehalten werden. Gleichzeitig forderte der Antiterrorpakt, den „Pacto de Estella“ aufzulösen. Aus diesem Grund weigerten sich die regional-nationalistischen Parteien, dem neuen Antiterrorpakt beizutreten.

Die beiden Volksparteien PP und PSOE verpflichteten sich in einem Antiterrorpakt zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Terror.

Am 21. Juni 2001 wurde die Partei Batasuna als Nachfolgerin von Herri Batasuna gegründet. Die spanische Regierung unternahm daraufhin einen weiteren Schritt im Kampf gegen die ETA. Auf Initiative der Regierung Aznar verabschiedete das spanische Parlament im Juni 2002 mit der überwältigenden Mehrheit von Regierung und Opposition ein Gesetz, das die Bedingungen für Parteienverbote so definierte, dass diese direkt auf Batasuna ausgerichtet waren. Das Oberste Gericht Spaniens verbot Batasuna auf der Grundlage dieses Gesetzes am 17. März 2003. Das Parteivermögen wurde mit der Maßgabe beschlagnahmt, es für die Terroropfer zu verwenden. Trotz Parteienverbot blieben die gewählten Vertreter von Batasuna im baskischen Regionalparlament und räumten ihre Sitze erst nach der vorgezogenen Regionalwahl.

JOSÉ LUIS RODRÍGUEZ ZAPATERO UND DIE WEICHE HAND

Der Wahlsieg des Sozialisten José Luis Rodríguez Zapatero 2004 wurde vor allem dadurch verursacht, dass die PP-Regierung vorschnell die ETA der Urheberschaft des nur wenige Tage zuvor verübten Terroranschlags vom 11. März 2004 bezichtigte. Bei dem schwersten Attentat in der spanischen Geschichte, welches der islamistischen Al-Qaida zugeordnet werden konnte, waren auf dem Madrider Bahnhof Atocha und zwei weiteren Bahnhöfen insgesamt 191 Menschen ums Leben gekommen. Bei seinem Amtsantritt als Ministerpräsident

Anstatt die kompromisslose Antiterrorpolitik der Vorgängerregierung fortzusetzen, initiierte Zapatero einen „Friedensprozess“, in dessen Rahmen Verhandlungen mit der ETA stattfanden.

erklärte Zapatero das Ende des baskischen Konfliktes zu einem der großen Ziele seiner Regierung. Anstatt die kompromisslose Antiterrorpolitik der Vorgängerregierung fortzusetzen, initiierte Zapatero einen „Friedensprozess“, in dessen Rahmen Verhandlungen mit der ETA stattfanden. Im Vorfeld des „Friedensprozesses“

hatte sich der neue Regierungschef ein Verhandlungsmandat vom spanischen Parlament geben lassen, um den Willen des Volkes zu einer friedlichen Lösung des baskischen Problems zu verdeutlichen. Der parlamentarisch abgesegnete Verhandlungsauftrag für die Regierung wurde von der oppositionellen Volkspartei als „Augenwischerei“ scharf kritisiert. Der PP bezichtigte die Regierung eines Bruchs des im Jahr 2000 beschlossenen Antiterrorpakts zwischen der damaligen Regierung Aznar und der Opposition unter José Luis Rodríguez Zapatero. Die Regierung, so der neue konservative Oppositionsführer Mariano Rajoy, habe damit den gemeinsamen Boden des Konsenses in der Antiterrorpolitik einseitig verlassen und den bis dahin erfolgreich geführten Kampf gegen die ETA eingestellt. In der neuen „Friedenspolitik“ Zapateros erkannte der PP nicht eine friedliche Lösung des beinahe vierzig Jahre andauernden Problems, sondern eine Anerkennung der ETA als gleichberechtigten Partner der spanischen Regierung. Auch im Umgang mit den politisch der ETA nahe stehenden Parteien entstand oft der Eindruck, dass Triebfeder des staatlichen Handelns nicht die Ausschöpfung der Mittel des Rechtsstaates, sondern parteipolitisches Kalkül waren. Die betroffenen Parteien und auch die ETA selbst erhielten durch juristische und parteipolitische Auseinandersetzungen immer wieder Freiräume, die sie zu einer Reorganisation und Neuaufstellung nutzen konnten.

Beste Beispiele für diese Streitereien sind die Auseinandersetzungen um zwei baskische Parteien, die von der ETA und dem Chef der verbotenen Batasuna, Arnaldo Otegi, als Frontpartei instrumentalisiert wurden. Im ersten Fall im Jahre 2005 wurde die weitgehend unbedeutende Kommunistische Partei der Baskischen Länder (EHAK = Euskal Herrietako Alderdi Komunista“, Spanisch PCTV) von der ETA genutzt, um überwiegend ETA- und Batasuna-Sympathisanten in die Partei als Kandidaten für die baskischen Regionalwahlen 2005 einzuschleusen. Auch die Nationalistische Baskische Aktion (ANV), die seit Jahrzehnten ein Schattendasein führte, konnten ETA und Batasuna rechtzeitig vor den Kommunalwahlen im Mai 2007 für ihre Zwecke wiederbeleben. Die ANV präsentierte komplette Kandidatenlisten für alle baskischen Gemeinden. Dabei benutzte sie die typischen Wahlslogans, die vorher Batasuna verwandt hatte, und auch das Design der Wahlplakate war deckungsgleich. Auf vielen Wahllisten standen Namen von Personen, die eindeutig als Batasuna- und ETA-nah identifiziert werden konnten. Niemand in Spanien konnte also ernsthaft daran zweifeln, dass ETA-nahe Personen in die Hülle der ANV geschlüpft waren und diese zum Eindringen in die Stadträte benutzen wollten. In beiden Fällen forderte der PP aus diesem Grund ein Verbot aller Kandidatenlisten. Dies lehnte Generalstaatsanwalt Cándido Conde-Pumpido – wohl aus politischer Opportunität – jedoch ab und beantragte schließlich im Falle der ANV erfolgreich den Wahlausschluss von nur rund der Hälfte der ANV-Kandidatenlisten. Es handelte sich um die Listen, bei denen eine Häufung von bereits einschlägig bekannten Namen festzustellen war. Das Ergebnis: Bei den baskischen Regionalwahlen im April 2005 errang die EHAK bzw. PCTV 12,5 Prozent der Stimmen und zog mit neun Abgeordneten in das baskische Regionalparlament ein. Die ANV konnte bei den Kommunalwahlen im Mai 2007 in 126 Gemeinderäte einziehen und rund zwei Dutzend Bürgermeisterposten erobern.

Auseinandersetzungen um zwei baskische Parteien, die von der ETA und dem Chef der verbotenen Batasuna, Arnaldo Otegi, als Frontpartei instrumentalisiert wurden.

Die spanische Volkspartei warf der Regierung vor, die Zulassung der Hälfte der ANV-Kandidaturen sei ein politisches Zugeständnis an die ETA im Rahmen der „Friedensverhandlungen“ gewesen. In dieser Ansicht sah sie sich bestätigt, als die Regierung unmittelbar vor der spanischen Parlamentswahl 2008 den Ausschluss aller ETA-nahen Parteien von den Wahlen beantragte und zudem forderte, die Parteiaktivitäten der

ANV und der ebenfalls ETA-nahen Kommunistischen Partei der Baskischen Länder (PCTV) auf drei Jahre zu verbieten. Das Oberste Gericht machte bei dieser Rechnung jedoch nicht mit. Zwar wurden die Parteien von der Wahl ausgeschlossen, dürfen jedoch weiterhin aktiv bleiben. ANV-Mitglieder sitzen so weiterhin ebenso in den baskischen Gemeinderäten wie PCTV-Abgeordnete dem baskischen Regionalparlament angehören.

Der in der spanischen Gesellschaft heftig umstrittene „Friedensprozess“ der sozialistischen Regierung Zapateros schien allerdings erste Früchte zu tragen, als am 22. März 2006 die ETA zur Überraschung aller Kritiker einseitig eine Waffenruhe

Die Volkspartei, die immer wieder die These vertrat, man könne niemals mit Terroristen verhandeln, geriet durch die Ausrufung der Waffenruhe politisch unter Druck.

erklärte. Sollte der Verhandlungsansatz der Regierung doch erfolgversprechend sein? Die Volkspartei, die immer wieder die These vertrat, man könne niemals mit Terroristen verhandeln, geriet durch die Ausrufung der Waffenruhe politisch unter Druck. Umso mehr beharrte sie auf ihrer Forderung, die ETA mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Ebenso laut vertraten die Verbände der Terroropfer, AVT und Foro Ermua, ihre Ablehnung von Zapateros Antiterrorpolitik und unterstrichen sie durch zahlreiche Protestmärsche insbesondere in der Hauptstadt Madrid, an denen Hunderttausende (manche sprechen von Millionen) von Aktivisten aus Politik, Verbänden und Gesellschaft teilgenommen haben sollen. Selbst innerhalb des PSOE bestand eine Kontroverse über den umstrittenen Kurs Zapateros bei der Lösung des ETA-Problems. Trotz der hitzigen Auseinandersetzung in Parlament und Öffentlichkeit, die nicht zuletzt die Gesellschaft politisch spaltete, schien mit der Verkündung der Waffenruhe das Vertrauen in die Politik Zapateros gestärkt worden zu sein. Selbst als der wegen 25-fachen Mordes zu lebenslänglicher Haft verurteilte ETA-Terrorist Iñaki de Juana Chaos aus „gesundheitlichen Gründen“ aus der Haft entlassen wurde, nützte der Aufschrei von Volkspartei und Bürger- und Opferverbänden wenig, um einen Kurswechsel in der Antiterrorpolitik Zapateros zu bewerkstelligen. Zu sehr verband sich mit dem „Friedensprozess“ der Regierung die Hoffnung, nach 38 Jahren des ETA-Terrors mit über 800 Toten eine friedliche Lösung zu finden.

Nach 14 Monaten der Waffenruhe endete der „Friedensprozess“ offiziell am 6. Juni 2007. Über eine Erklärung in den baskischen Zeitungen *Berría* und *Gara* rief die ETA dazu auf,

den Kampf für einen unabhängigen und kommunistischen Baskenstaat Euskal Herria wieder „an allen Fronten“ mit Gewalt aufzunehmen. Das Volk solle gegen „diese falsche und verdorbene Demokratie“ mobil machen. Die „Mindestvoraussetzungen für einen Verhandlungsprozess“ seien aufgrund der „faschistoiden“ Politik der sozialistischen Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero nicht mehr gegeben. Das eigentliche Ende des „Friedensprozesses“ fand jedoch bereits am 30. Dezember 2006 statt, als ETA-Terroristen ein Parkhaus am neuen Terminal 4 des Madrider Flughafens Barajas sprengten. Dabei kamen zwei Ekuadorianer ums Leben. Die Regierung setzte daraufhin die geheimen Verhandlungen mit der ETA aus, bemühte sich jedoch gleichzeitig um Schadensbegrenzung, indem sie auf eine demonstrative Verhaftungswelle verzichtete. Zapatero gab die Hoffnung nicht völlig auf, dass der „Friedensprozess“ noch zu retten sei. Um den Eindruck zu vermeiden, die Regierung sei handlungsunfähig und damit ohnmächtig gegenüber der ETA geworden, wurden durch die Zusammenarbeit zwischen spanischen und französischen Sicherheitskräften zahlreiche ETA-Terroristen in ihren Verstecken in Südfrankreich gefasst, an die spanischen Behörden ausgeliefert und vor Gericht gestellt. Auf diese Weise sollte es dem Regierungschef gelingen zu zeigen, dass er einerseits den Terrorismus mit harter Hand bekämpfe und andererseits noch genügend Spielraum im eigenen Land für eine Fortsetzung des „Friedensprozesses“ behalte. Der politische Spagat Zapateros führte aber auch dazu, dass die Gewalt im Baskenland allmählich eskalierte. Insbesondere im Vorfeld der Kommunalwahlen 2007 kehrten die Alltagsgewalt und ETA-typische *kale borroka* (Baskisch für „Straßenkrawalle“) mit aller Heftigkeit in die Straßen zurück.

Das Ende des „Friedensprozesses“, an den sich nach vielen Jahrzehnten des bewaffneten Kampfes und des Terrors zahlreiche Hoffnungen geknüpft hatten, verdeutlicht, dass die ETA in Spanien mehr ist als lediglich eine homogene Untergrundorganisation mit politischen Zielsetzungen und aktiver Gewaltbereitschaft. Vielmehr ist die ETA heute ein Teil der „organisierten Kriminalität“, deren Struktur und personelle Zusammensetzung sich inhomogen gestalten. Während Teile der ETA, die des Kampfes und der langen Haft in spanischen Gefängnissen überdrüssig waren, durchaus einen

Das eigentliche Ende des „Friedensprozesses“ fand bereits am 30. Dezember 2006 statt, als ETA-Terroristen ein Parkhaus am neuen Terminal 4 des Madrider Flughafens Barajas sprengten.

Heute ist die ETA ein Teil der „organisierten Kriminalität“, deren Struktur und personeller Zusammensetzung sich inhomogen gestaltet.

Frieden durch politische Verhandlungen suchten, unterwanderte der gewaltbereite Arm der ETA den „Friedensprozess“, insbesondere aus finanziellen und machtpolitischen Gründen. Durch die Bombenanschläge vom 30. Dezember 2006 am Madrider Flughafen gewann der Terrorflügel der ETA abermals die Oberhand. Dadurch wurde deutlich, dass der politische Arm der ETA, vertreten durch die verbotene Batasuna des Baskenführers Arnaldo Otegi, keine Macht mehr besaß, um die ETA als Ganze zu vertreten. Die einst unterstellte Geschlossenheit der ETA ist ein Trugbild, welches die Interessenkonflikte innerhalb der Terrororganisation verdeckt.

DAS SYSTEM ETA

Die ETA durchdringt die baskische und die gesamtspanische Gesellschaft auf vielfache Art und Weise. Dabei spielen der Terror, die Gewalt und die Willkür eine wesentliche Rolle. Diese Instrumentarien unterminieren im Wesentlichen die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität mit der Folge zunehmender Demokratiedefizite im Baskenland. Rechtsstaatliche Strukturen werden unterhöhlt, so dass die Angst vor Repressalien in der baskischen Gesellschaft an der Tagesordnung ist. Insgesamt stellt sich die Frage nach den Zielen der ETA. Inwieweit sie noch vom ursprünglichen Gedanken der baskischen Freiheit und Unabhängigkeit bestimmt werden, lässt sich nicht mehr eindeutig feststellen. Denn im Laufe der vergangenen Jahrzehnte spielte die Finanzierung der Untergrundorganisation eine zunehmend be-

deutende Rolle. Die ETA verfolgt somit nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Ziele. Die Mafia-ähnlichen Strukturen der ETA legen die Vermutung nahe, dass sich aus der Terrororganisation ein weit verzweigtes Unternehmen mit ökonomischen und finanziellen Interessen krimineller Art entwickelt hat. Darunter

Die Mafia-ähnlichen Strukturen der ETA legen die Vermutung nahe, dass sich aus der Terrororganisation ein weit verzweigtes Unternehmen mit ökonomischen und finanziellen Interessen krimineller Art entwickelt hat.

leiden nicht nur die im Baskenland und Navarra angesiedelten Firmen, Lokale und Verbände, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger der Regionen. Ganze Familien geraten in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von der ETA und tragen dazu bei, das System ETA aufrechtzuerhalten.

Ihre finanzielle Grundlage schafft sich die Terrororganisation vor allem durch Schutzgelderpressungen. Die ETA schreibt Briefe an Unternehmen mit der „Bitte“, ihren Beitrag zur „Befreiung“ des Baskenlandes zu leisten. Weigert sich jemand,

die so genannte Revolutionssteuer zu zahlen, muss er mit einem Anschlag oder mit Bedrohungen seines Familien- und Freundeskreises rechnen. Berichten zufolge wird etwa unverhohlen damit gedroht, Kindern könne auf dem Weg von der Schule nach Hause „etwas passieren“. Die Summe der so fließenden Gelder ist vermutlich deutlich höher als bisher in Sicherheitskreisen bekannt. Es gilt als sicher, dass fast alle größeren spanischen Supermarktketten, Banken oder Restaurants im Baskenland Schutzgelder zahlen. Diese Situation führt dazu, dass große Unternehmen oftmals zögern, in der Region zu investieren. Zwar gehört das Baskenland zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Spaniens, doch beklagen zahlreiche ausländische Investoren – darunter ein deutscher Autokonzern – Produktionsausfälle durch von der ETA angeordnete Warnstreiks.

Die Erpressungstaktik der ETA beschränkt sich nicht auf Unternehmen. Auch einfache Bürger werden Opfer von Repressionen. Gotzone Mora, mittlerweile aus dem PSOE ausgeschlossene Stadträtin im baskischen Getxo und Professorin an der Universität des Baskenlandes, berichtet davon, dass ETA-Sympathisanten leere Umschläge verteilen und ankündigen, sie am nächsten Tag mit Geld gefüllt wieder abzuholen. Weigere sich jemand zu zahlen, werde mit Drohungen nachgeholfen. Zudem verlören Menschen, die sich öffentlich gegen die ETA einsetzten, ihre Arbeit mit Begründungen seitens der Arbeitgeber wie: „Du gehörst nicht zu uns.“⁶ Auch Einschüchterungen, Brandanschläge auf die Büros politischer Parteien verschiedener Couleur, Schmierereien, das Ausbrennen von Autos und Bussen, das Stören von Veranstaltungen durch Sitzblockaden oder Sprechchöre sowie tätliche Übergriffe auf Politiker gehören zum üblichen Repertoire der ETA-Sympathisanten. Selbst Kommunalpolitiker niederen Ranges sind im Baskenland fast ständig auf Bodyguards angewiesen, wenn sie ihren Pflichten nachkommen wollen.

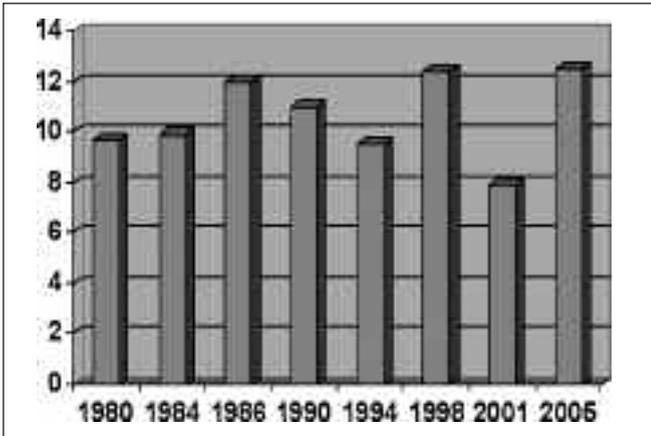
Bürgerinitiativen gegen den Terror beklagen immer wieder einen Mangel an demokratischer Freiheit und Rechtsstaatlichkeit im Baskenland. Nach Meinung des ehemaligen Vorsitzenden der Bürgerinitiative gegen den ETA-Terrorismus „Foro Ermua“ und Bruder des von der ETA ermordeten baskischen Sozialisten Fernando Buesa, Mikel Buesa, entsteht durch die-

se Situation ein demokratisches Defizit. Viele Menschen seien gezwungen, aufgrund der Gewalt aus dem Baskenland ins Exil zu gehen, und könnten deshalb an den Wahlen in ihrer Heimat nicht mehr teilnehmen, so Buesa. Die Terroristen könnten so durch ihre Methoden die Wahlergebnisse beeinflussen. Buesa fordert für die „Auswanderer“ das Recht ein, in ihren baskischen Ursprungsgemeinden wählen zu dürfen.⁷ Ferner wird das Recht auf geheime Wahl zunehmend unterdrückt. Wer sich in die Wahlkabine begibt, um seine Stimme geheim abzugeben, wird im Wahllokal bedrängt. Vielfach werden Bürger von ETA- und Batasuna-nahen Gruppierungen am Eintritt in die Wahllokale und an der Wahlteilnahme gehindert. So wurde bei der baskischen Regionalwahl im April 2005 ein bekannter Politiker der Volkspartei, der stets von zwei Leibwächtern beschützt wird, von einem Vertreter des Wahlausschusses in einem Wahllokal gegängelt, als dessen Name und Adresse laut und deutlich vorgelesen wurde. Der Politiker musste danach seinen Wohnsitz aus Sicherheitsgründen verändern. Besonders dramatisch verliefen die Rechtsverletzungen bei Wahlen während der und nach den Kommunalwahlen im Mai 2007. Wahlbeobachter registrierten einen regelrechten Ausschluss von bekannten PP- bzw. PSOE-Wählern am Wahlvorgang. Auch nach der Wahl erhielten vielfach gewählte Vertreter, insbesondere von PP und PSOE, keinen Zutritt zu den Rathäusern und Stadtratsgebäuden, um den Amtseid zu leisten, da ETA-Sympathisanten, teils mit Gewalt, die Eingänge versperrten. Die baskische Polizei schaute indes zur Seite oder reagierte nur mit Widerwillen auf die undemokratischen Vorfälle, vielfach aus Angst vor Repressalien oder Terroranschlägen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bleiben damit auf der Strecke.

Das ETA-System speist sich vornehmlich aus der Angst, die die Bevölkerung davor hat, sich zu wehren bzw. sich nicht konform zu verhalten. Viele Basken trauen sich nicht mehr, über Politik zu sprechen. Diese Situation führt dazu, dass es schwierig ist festzustellen, welchen Rückhalt die ETA tatsächlich in der baskischen Bevölkerung hat. Als ein Indikator dafür können die Wahlergebnisse der ETA-nahen Linken bei den baskischen Regionalwahlen gelten.

7 | Vgl: KAS-Madrid: Interview aus Madrid, Nr. 3 mit Mikel Buesa, S. 2, http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_10979_1.pdf (Zugriff am 25.6.07).

Grafik 2: Stimmenanteil von Herri Batasuna/ Euskal Herriatok / PCTV bei den Regionalwahlen 1980–2005 (in Prozent)⁸

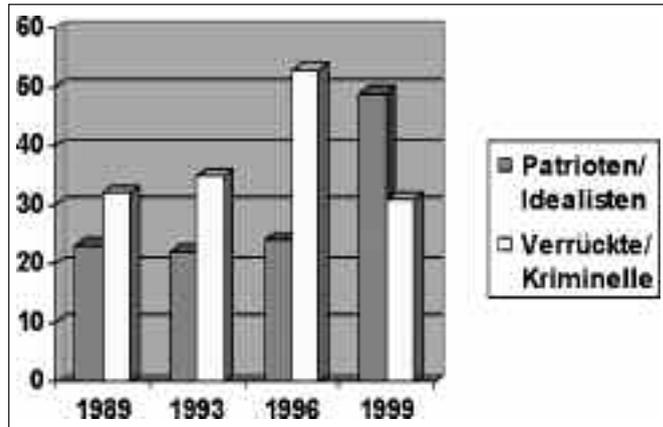


Wie aus Grafik 2 deutlich wird, erreichte die nationalistische Linke (Izquierda Abertzale) stets um die zehn Prozent der Stimmen, mit Ausschwenkungen von gut zwei Prozent nach oben und nach unten. Auffällig ist dabei, dass die ETA-nahen Parteien den meisten Rückhalt in der Bevölkerung hatten, wenn gerade Waffenstillstände oder ein Rückgang der terroristischen Aktivitäten zu verzeichnen waren. Dies war bei den Wahlen von 1990, 1998 und 2005 der Fall. Zwischen 1984 und 1986 kann der Zuwachs an Wählerstimmen als Reaktion auf die gewalttätigen Aktionen der GAL interpretiert werden. Das schwächste Ergebnis erreichte die ETA-nahe Linke 2001, als sich der zivile Widerstand gegen die Terrorgruppe nach dem Bruch des Waffenstillstandes von 1999 auf einem Höhepunkt befand. Es scheint also auch unter den Wählern der Izquierda Abertzale einige zu geben, welche zwar die politischen Ziele der ETA teilen, aber die gewaltsame Aktion zu ihrer Durchsetzung kritisch betrachten.

Dies scheint auch eine Umfrage (Grafik 3) zu bestätigen. Nach dieser war die Meinung in der baskischen Bevölkerung von den ETA-Mitgliedern dann besonders gut, wenn die Organisation auf Gewalt verzichtete oder besonders dialogbereit erschien, wie insbesondere bei der Waffenruhe 1999.

8 | Daten aus: Grupo de Estudios Estratégicos 2003: El declive de ETA. <http://www.gees.org/pdf/307/> (Zugriff am 26.6.2006) sowie Daten des spanischen Innenministeriums. Eigene Darstellung.

Grafik 3: Antwort auf die Frage: „Was sind die ETA-Mitglieder?“ (in Prozent)⁹



Es ist auch anzumerken, dass die Forderung nach einem unabhängigen baskischen Staat innerhalb der Bevölkerung keinesfalls von einer eindeutigen Mehrheit getragen wird. In einer im März 2007 von der baskischen Regierung veröffentlichten Umfrage sprachen sich lediglich 30 Prozent der baskischen Bevölkerung eindeutig für ein unabhängiges Baskenland aus, während 35 Prozent dagegen votierten. 20 Prozent machten ihre Zustimmung oder Ablehnung von Bedingungen wie etwa einem friedlichen und demokratischen Prozess oder der Mehrheit in einer Volksabstimmung abhängig.¹⁰

Als Sprachrohr dienen der ETA legale Medien wie die Zeitungen *Gara* und *Berría*. Immer wieder drucken diese Exklusiv-Interviews von mit Gesichtsmaske und Baskenmütze verummten ETA-Terroristen ab. Bei ihrer Propaganda und ihren Rekrutierungsmechanismen arbeitet die ETA mit dem romantisch-verklärten Bild des Nationalismus, gepaart mit revolutionären Klassenkampf-Botschaften. Nach ihrer Logik ist die spanische Regierung die Unterdrückerin, die bekämpft werden muss. Objektiv muss jedoch konstatiert werden, dass das Baskenland zwar politisch eindeutig ein Teil Spaniens ist,

9 | Daten aus: Grupo de Estudios Estratégicos 2003: El declive de ETA. <http://www.gees.org/pdf/307/> (Zugriff am 26.6.2006), eigene Darstellung.

10 | Vgl. http://es.today.reuters.com/news/newsArticle.aspx?type=topnews&storyID=2007-04-01T110011Z_01_CAR138972_RTRIDST_0_OESTP-ESPANA-ENCUESTA-PVASCO.XML. Zugriff am 21.6.2007.

es jedoch von allen spanischen Provinzen über die größte politische Autonomie verfügt. Auch die Aufrechterhaltung der baskischen Kultur und Identität wird gefördert, die Sprache wird gesprochen und gepflegt und selbst im Hinblick auf so genannte steuerliche Ausgleichszahlungen des Baskenlandes an wirtschaftlich schwächere Regionen Spaniens wurde aus baskischer Perspektive viel erreicht.

Zur Durchsetzung ihrer Postulate hält die ETA an einer Doppelstrategie aus gewaltsamem Kampf und politischer Aktion fest. Trotz aller Verhandlungen ist es niemals zu einer Verurteilung der Gewalt seitens der ETA gekommen. Auch inhaltlich haben die Terrororganisation und ihr politischer Arm ihre Forderungen nicht revidiert. Lediglich in der Art und Weise der Umsetzung und Artikulation hat es Variationen gegeben. Dabei wurde die Regierung oft mit zweideutigen Formulierungen hingehalten. So sprach die ETA in der spanischen Version ihrer Waffenstillstandserklärung vom März 2006 von einem „permanenten Waffenstillstand“, während man auf französisch und baskisch von einer „permanenten Pause der bewaffneten Aktionen“ sprach. Letzteres beinhaltet keine Einstellung von Erpressungen, Entführungen und ähnlichen Aktivitäten. Als eine Hinhaltetaktik der Terroristen erscheint auch die ständige Neugründung von ETA-nahen Parteien oder die Wiederbelebung alter, bedeutungslos gewordener Formationen. So versuchte die Izquierda Abertzale in der Vergangenheit nicht nur als Herri Batasuna (Einheit des Volkes) und Batasuna (Einheit) bei Wahlen anzutreten, sondern tat dies auch unter den Namen Partido Comunista de Tierras Vascas (Kommunistische Partei der Baskischen Länder), Euskal Herriatok (Baskische Bürger), Abertzale Sozialisten Batasuna (Nationalistische Sozialisten Batasuna), Sozialista Abertzaleak (Nationalistische Sozialisten), Abertzale Sozialistak (Sozialistische Nationalisten), Herritarren Zerrenda (Liste der Bürger) Aukera Guztiakan (Alle Optionen), Herriko Alderdi Sozialista Iraultzailea (Sozialistisch-revolutionäre Volkspartei) oder zuletzt als Acción Nacionalista Vasca (Nationalistische Baskische Aktion). Die Parteien benutzten oft genau dieselben Slogans und Symbole und stellten dieselben Kandidaten auf. Während also die Wähler die Parteien und Listen eindeutig als ETA-nah identifizieren konnten, musste die Justiz bei jeder neuen Partei oder Wahlliste erneut belastendes Material sammeln und kostspielige Prozesse zur Unterbindung eines Wahlantritts anstrengen. Manchem Beobachter erscheinen die sich wiederholenden Namen als ein Versuch der ETA,

die Justiz lächerlich zu machen. Wie sich im juristischen Hick-hack um einen Antritt von ANV bei den letzten baskischen Kommunalwahlen am 27. Mai 2007 gezeigt hat, ist diese Hängepartie noch lange nicht ausgestanden.

Die politische Repräsentanz der ETA ist für die Untergrundorganisation von erheblicher Bedeutung, nicht nur aus politischer, sondern ebenso aus finanzieller Sicht. Denn durch die Stellung von Bürgermeister, Stadträten und Abgeordneten schöpft sie zusätzlich Gelder in nicht unbedeutender Höhe. Kommunale Haushalte werden unter dem Deckmantel sozialer Projekte dazu genutzt, um Familien und Freunde zu unterstützen. Durch Abgaben von Mandatsträgern und die Abschöpfung von Fraktionsgeldern werden ETA-Sympathisanten finanziell über Wasser gehalten. Zusammen mit den aus den Schutzgelderpressungen stammenden Finanzmitteln werden die aus „legalen“ Quellen gewonnenen Gelder auch dazu genutzt, um die personelle Infrastruktur und technische Ausstattung der ETA aufrechtzuerhalten. Dabei gestaltet sich die Anwerbung von neuem „Personal“ schwierig und kostenträchtig angesichts der Verhaftung einer hohen Anzahl von ETA-Terroristen nach dem offiziellen Ende des „Friedensprozesses“. Zum Schutz und zur Absicherung ihrer Geldquellen nutzt die ETA international agierende Banken vor allem in Liechtenstein und in der Schweiz. Ebenso betreibt die ETA über international tätige Organisationen Geldwäsche. Insgesamt hat sich die internationale Arbeit der ETA in den vergangenen Jahren ausgeweitet. Ob die Terrorbande jedoch zu anderen Terrororganisationen wie Al Qaida Beziehungen hergestellt hat, ist derzeit nicht im Detail bekannt. Vermeintlich liegen Berichte der spanischen Sicherheitsorgane vor, nach denen die ETA einzelne ihrer Vertreter in Ausbildungslager von Al Qaida entsandt haben soll. Dafür liegen aber bisher keine offiziellen Bestätigungen vor. Klar ist einzig, dass die ETA alle Möglichkeiten nutzt, um mit legalen und illegalen Mitteln das System ETA zu finanzieren.

Insbesondere durch lange Jahre der Einschüchterung und Gewalt sind die ETA und die ihr nahe stehenden Organisationen und Unterorganisationen fest mit der baskischen Gesellschaft verwachsen. Vielfach fehlt es im Baskenland dabei an politischem Willen, an dieser Situation etwas zu ändern. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Tatsache, dass in baskischen Städten und Dörfern auch heute noch zahlreiche Straßen und Plätze nach ETA-Mördern benannt sind. So trägt beispielsweise

se in der 20000-Seelen-Gemeinde Hernani in der Nähe von San Sebastian ein Platz, auf dem sich unter anderem Spielgeräte für Kleinkinder befinden, den Namen des Topterroristen José Aristimuño, Pana. Eines der Todesopfer von „Pana“ war am 10. Januar 1980 der baskische Polizeichef Jesus Velasco Zuazola. Trotz allen Engagements der Familie des Opfers ist es bisher nicht gelungen, den Namen des Platzes zu ändern. Ana María Velasco, die Tochter des Ermordeten, sieht im PNV die Schuldigen für diese Situation. Die im Baskenland regierende Partei „schaue weg“ und „tue nichts“. Der PNV unternehme auch nichts dagegen, dass ETA-Sympathisanten das Bildungssystem infiltrierten. Die Kinder, die auf dem nach dem Mörder ihres Vaters benannten Platz spielten, so Ana María Velasco, erführen „in der Schule, dass dieser ein Kämpfer für das baskische Volk“ gewesen sei.¹¹

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Spanien ist heute weit von einem Ende des Terrorismus entfernt. Es bleibt der einzige Staat in der Europäischen Union, in der eine separatistische Terrorgruppe jeden Tag das demokratische System mit tödlicher Gewalt bedroht. Die Antwort der Politik auf diese Drohung war dabei je nach Regierung unterschiedlich. Auch wenn sich PP und PSOE immer über das Ziel einig waren, den Terror zu beenden, blieben die Differenzen über den dazu einzuschlagenden Kurs bestehen. Heute beharrt der PP auf dem Ziel des Sieges über die ETA, während der PSOE davon spricht, ein „Ende des Terrors“ erreichen zu wollen. Die Rhetorik der Volkspartei zielt damit eindeutig auf eine konfrontative Auseinandersetzung mit der Terrorgruppe, während die Sozialisten auch weiterhin die Türen zu Verhandlungen geöffnet lassen.

Die scharfe Auseinandersetzung über die Antiterrorpolitik hat die erste Legislaturperiode von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero geprägt und die spanische Gesellschaft gespalten. Beobachter unterschiedlicher politischer Couleur sind sich darüber einig, dass sich Spanien eine derart polarisierte Legislaturperiode nicht noch einmal leisten können. Eine der wichtigsten Fragen, an denen die Hoffnung auf ein harmonischeres gesellschaftliches Klima hängt, ist die nach dem künftigen parteipolitischen Umgang mit dem ETA-

11 | Zitate aus ABC vom 21.10.2007.

Terrorismus. Wird es gelingen, alle Demokraten hinter einer gemeinsamen Antiterrorstrategie zu versammeln? Oder aber werden in der zweiten Legislaturperiode Zapateros die schmerzhaften Auseinandersetzungen der letzten Jahre eine Fortsetzung erfahren?

Hauptprofiteur der mangelnden Einigkeit der Demokraten war bisher meist die ETA. Manchmal erschien es so, als sitze die spanische Politik wie ein Kaninchen vor der Schlange im ETA-Logo und lasse sich von dieser paralisieren. Auf die spanische Demokratie wirft es einen Schatten, dass diese Schlange durch ihre Bomben, Drohungen und Erpressungen weiter die politische Agenda und den Ausgang freier Wahlen beeinflussen kann.

Das Manuskript wurde am 26. Mai 2008 abgeschlossen.